

PRESSEMITTEILUNG

Nr. 1455/2006

10.11.2006

Stammzellgesetz nicht aushöhlen

*Zur heutigen Stellungnahme der DFG "Stammzellforschung - Möglichkeiten und Perspektiven in Deutschland" erklärt **Priska Hinz**, forschungspolitische Sprecherin:*

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) will die Stichtagsregelung im Stammzellgesetz abschaffen. Dies ist ein Frontalangriff auf das Herzstück des deutschen Stammzellgesetzes von 2002. In diesem Gesetz hat eine breite Mehrheit von Parlamentariern aller Fraktionen zum Ausdruck gebracht, dass sie den Verbrauch von Embryonen zu Forschungszwecken nicht will.

Wir lehnen eine Änderung des Stammzellgesetzes ab. Bisher überzeugen uns weder die rechtlichen noch wissenschaftlichen Behauptungen, warum der mit dem Gesetz geschaffene Rechtsfrieden gebrochen werden muss. Scharf kritisieren wir, dass die DFG sogar den Import von embryonalen Stammzellen zu therapeutischen Zwecken zulassen will.

Weltweit - und das bestätigen internationale Wissenschaftler - befindet sich die embryonale Stammzellforschung noch im Stadium der Grundlagenforschung. Erst kürzlich wurde wieder in einem Versuch mit Mäusen belegt, dass injizierte embryonale Stammzellen Krebs auslösen können.

Wir begrüßen, dass die DFG sich klar gegen Reproduktions- und Forschungsklonen und für die Förderung der adulten Stammzellforschung ausspricht.

Um eine ausgewogene Debatte zu diesem umstrittenen Thema führen zu können, brauchen wir dringend eine Bewertung und Publikationspflicht internationaler embryonaler Forschungsprojekte. Dokumentiert werden müssen nicht nur die Erfolge, sondern auch die Misserfolge in der embryonalen Stammzellforschung.